

# Berufs-Politiker in die Bürgerschaft



SPD-Internexpert Dr. Andreas Dressel ist für ein Profi-Parlament

Von C. KERSTING City - Das Hamburger Feierabend-Parlament, in dem die meisten Abgeordneten hauptberuflich in der Privatwirtschaft, Verwaltung oder als Selbständige arbeiten, scheint ein Auslaufmodell. Ein großer Teil der Bürgerschaftsabgeordneten will Profi-Politiker werden.

In einer Internet-Diskussion auf der Webseite von „abgeordneten-watch“

haben sich 30 Abgeordnete für die Abschaffung des Feierabend-Parlaments ausgesprochen, das in Wahrheit schon jetzt ein Teilzeit-Parlament ist (viele Abgeordnete haben ihre Arbeitszeit im Hauptberuf reduziert). 39 Abgeordnete sind gegen ein Profi-Parlament, 20 noch unentschieden, 32 äußerten sich nicht.

Auslöser der Debatte über das Feierabend-Parlament ist das neue Wahlrecht. Danach werden im Februar erstmals in 17 Wahlkreisen 71 der 121 Abgeordneten direkt gewählt.

Auf die Wahlkreisabgeordneten kommen zusätzliche Aufgaben zu. Künftig müssen sie nicht nur im Plenum und Ausschüssen der Bürgerschaft und in

ihren Fraktionen arbeiten, sondern auch ihre Wähler im Wahlkreis betreuen. Das ist aber schwierig, wenn man einen anderen Beruf hat.

CDU-Fraktionschef Bernd Reinert, Anhänger des Feierabend-Parlaments, befürchtet, dass der Trend zum Profi-Politiker nicht zu stoppen ist: „Ich bin nicht sicher, wie lange der jet-

zige Status beibehalten werden kann.“

GAL-Fraktionschefin Christa Goetsch ist für ein Profi-Parlament. Ihrer Meinung nach sollte dann allerdings die Bürgerschaft verkleinert werden. SPD-Chef Ingo Eglolf sagt: „Mittelfristig braucht das ‚System Wahlkreise‘ Berufspolitiker mit entsprechender Bezahlung.“

Bisher bekommen die Abgeordneten 2500 Euro brutto und sind damit die am schlechtesten bezahlten Abgeordneten Deutschlands. In anderen Bundesländern bekommen Landtagsabgeordnete von rund 2500 Euro (Bremen, Teilzeit-Parlament) bis 9500 Euro (Nordrhein-Westfalen, Berufspolitiker).

Die Befürworter eines Pro-

fi-Parlaments sind sich einig, dass die Bürgerschaft verkleinert werden muss.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Andreas Dressel: „Ich denke, dass etwa 80 Abgeordnete reichen würden. Die dadurch erzielten Einsparungen könnten für eine Erhöhung der Diäten für die Vollzeit-Abgeordneten genutzt werden.“

BILD Hamburg, 6.8.2007